

DGB und IG Metall diskutieren mit Experten über Perspektiven in der Berufsausbildung für Benachteiligte

Kompetenzen mehr fördern!

Benachteiligte Jugendliche brauchen keine Schmalspur-, sondern eine umfassende Berufsausbildung, die ihre Kompetenzen fördert. Dies ist ein Fazit einer Expertenrunde, zu der DGB und die IG Metall in Baden-Württemberg eingeladen hatte.

Wenn benachteiligte Jugendliche entsprechend gefördert werden, können sie auch eine Berufsausbildung schaffen. Dies zeigen zwei Projekte, die im Rahmen des ersten Expertengesprächs bei der IG Metall Bezirksleitung Anfang November vorgestellt wurden.

So werden bei PIA, einem gemeinsamen Projekt von IG Metall Baden-Württemberg und dem Arbeitgeberverband Südwestmetall, Jugendliche gefördert, die oft aus einem schwierigen sozialen Umfeld stammen und mit schlechten Schulnoten oder anderen Problemen kaum eine Chance auf dem ersten Ausbildungsmarkt haben. „Mit der zusätzlichen Förderung und Begleitung durch Sozialpädagogen sind diese Jugendliche nicht schlechter als die anderen Auszubildenden“, berichtete Martin Allespach von der IG Metall-Bezirksleitung über den Verlauf des Projektes in Karlsruhe und Stuttgart.

Auch in Offenburg werden – vom Arbeitsamt initiiert – Jugendliche unterstützt, die zuerst keine Chance auf einen Ausbildungsplatz hatten. „Selbst die Schlechten haben mit passablen Noten abgeschlossen“, berichtete Christian Ramm vom Arbeitsamt Offenburg. Das „Offenburger Modell“ fördert eine Stufenausbildung, bei der Jugendliche über den Teilzurichter zum Facharbeiter ausgebildet werden.

„Bei so einer Stufenausbildung besteht die Gefahr, dass oft die wirtschaftlichen Kriterien



Wer eine breite qualifizierte Berufsausbildung wie hier bei DaimlerChrysler in Gaggenau (Foto) bekommt, hat auch in Zukunft eine gute Chance auf einen Arbeitsplatz.

vor den Interessen der Jugendlichen kommen“, gab Martin Allespach in der Expertenrunde zu Bedenken. Er befürchtet, dass manche Jugendliche in der ersten Stufen beim Teilzurichter hängen bleiben.

Weniger Qualifikation – weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Bei geringer oder keiner Qualifikation sinken aber die Chancen auf Arbeitsmarkt. „Bei jeder Welle in der Rationalisierung fallen die ohne Qualifikation weg“, berichtete Christian Ramm vom

Arbeitsamt Offenburg. Außerdem brachte eine Untersuchung des Fraunhofer-Institutes in Stuttgart die Erkenntnis, dass „es ein Problem gab, in den Betrieben Befürworter für eine kurze Berufsausbildung zu finden“, so Dr. Gerd Gideon.

Auch Dr. Rainer Bremer vom Institut für Technik und Bildung an der Universität Bremen hält wenig davon, wenn zu den derzeit 355 Berufen noch einfache, theoriegeminderte Berufe dazukommen. „Dann kommen wir am Ende von der Verkäuferin

über die Fleischverkäuferin bei der Berufsausbildung für Verkäuferin von grober und feiner Leberwurst an,“ kritisiert der Wissenschaftler die Vorstellungen mancher Verbandsvertreter der Industrie nach theoriegeminderten Berufen und zweijähriger Berufsausbildung.

Wirtschaft braucht Fachkräfte

Ab 2010 wird es weniger Schulabgänger geben und der Fachkräftemangel wird sich verschärfen. „Deshalb können wir die Berufsordnung nicht nach unten aufweichen, wenn in ein paar Jahren die Fachkräfte fehlen“, so Dr. Bremer. Damit Jugendliche mit Defiziten aber eine Chance haben, „brauchen wir Lehrkräfte, die Kompetenzen bei Jugendlichen entdecken und fördern“, so Professor Kornmann von der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg. Mit einem gemeinsamem Projekt wollen jetzt die IG Metall und die PH Heidelberg die für Schulen entwickelten integrativen Instrumente in die Berufsausbildung umsetzen. ◀



Dr. Rainer Bremer diskutierten zusammen mit anderen Experten bei der IG Metall Bezirksleitung über die Förderung benachteiligter Jugendlicher.

Bei Epcos in Heidenheim ist das Standort in Gefahr – Beschäftigte kämpfen

Mahnwache und Demonstration

Das Epcos-Werk in Heidenheim soll von 680 Beschäftigten auf nur noch 400 verkleinert werden. Betriebsrat, Belegschaft und IG Metall glauben, dass das das Aus für den gesamten Standort bedeuten würde. Deshalb kämpfen sie um jeden Arbeitsplatz.

Im Jahr 2001 arbeiteten auf der Ostalb noch fast 1500 Beschäftigte. Seitdem hatte der Hersteller von elektronischen Bauelementen die Belegschaft schon mehr als halbiert. In diesen zwei Jahren jagte eine Hiobsbotschaft die nächste, ein Interessensausgleich den anderen. „Seit dem Börsengang zählt nur noch der Gewinn“, sagt Heidenheims IG Metall-Bevollmächtigter Andreas Strobel.

Zuletzt hatten die Beschäftigten einer 32-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zugestimmt. Dafür sollte ein weiterer Stellenabbau bis März 2004 ausgeschlossen sein. Trotzdem hat die Konzernleitung jetzt neuen Abbau beschlossen, nicht nur in Heidenheim, auch in der Zentra-



le in München. „Wie sollen wir einer Leitung vertrauen, die Zusagen innerhalb von Wochen bricht?“ – das fragt sich nicht nur der Betriebsratsvorsitzende Dieter Pernesch. „Wenn die Münch-

ner Zentrale nicht zur Einsicht kommt, dann knallt es richtig“, sagt Andreas Strobel. Mit einer Mahnwache und einer Demonstration in Heidenheim ging's los. Mitte November demon-

Mahnwache bei Epcos in Heidenheim: Belegschaft kämpft um ihre Arbeitsplätze

strierten die Beschäftigten auch aus anderen Epcos-Betrieben vor der Zentrale in München. ◀

Mann+Hummel, Ludwigsburg: Trotz Alternativkonzept des Betriebsrates und des IMU-Institutes

250 Arbeitsplätze sollen gestrichen werden

Bei Mann+Hummel hat der Betriebsrat eine Alternative zur Verlagerung der Blechfilterfertigung auf den Tisch gelegt. Die Geschäftsleitung will weiterhin 250 Arbeitsplätze am Standort Ludwigsburg vernichten.

Betriebswirtschaftlich macht es keinen Sinn, die Blechfilterfertigung nach Brasilien und Südafrika zu verlagern. Davon ist der Betriebsratsvorsitzende Walter Mugler überzeugt. Gemeinsam mit dem IMU-Institut hat der Betriebsrat und Vertreter der Geschäftsführung Zahlen erarbeitet, nachdenen sich die Verlagerung erst in zwölf Jahren rech-

nen würde. Plötzlich wollte aber die Geschäftsführung am Stammsitz Ludwigsburg nichts mehr von den gemeinsam erarbeiteten Zahlen wissen. Sie besteht weiterhin auf der Verlagerung. 250 Arbeitsplätze sind jetzt in Ludwigsburg in Gefahr.

Von 1850 Beschäftigte sind noch 750 in der Produktion in Ludwigsburg beschäftigt. „Man wirft die Blechfilterfertigung wie ein Klotz am Bein weg, weil sie die strategischen Ziele stört“, kritisiert Metaller Walter Mugler das Management. Dieses würde sich lieber auf den Zukauf neuer Unternehmen und die Grün-

dung von Join Ventures konzentrieren, um das Ziel einer Verdoppelung des Umsatzes bis in fünf Jahren zu erreichen. So der Betriebsratsvorsitzende.

Im Vorfeld der Verhandlungen um einen Interessensausgleich war die Geschäftsführung bereit, die Verlagerung um ein Jahr hinauszuzögern, wenn jeder Beschäftigte fünf Stunden in der Woche umsonst mehr arbeitet. Mit einer persönlich unterschriebenen Erklärung stellten sich Zweidrittel der Belegschaft hinter die Position des Betriebsrates, der die Forderung der Manager ablehnte, weil sie zu einem noch

größeren Personalabbau führen würde. Dies haben Vertreter der Geschäftsführung in den Verhandlungen sogar zugegeben.

Öffentlich hatte eine Sprecherin der Unternehmensleitung noch erklärt: „Wir sind offen für Vorschläge aus der Belegschaft“. In den ersten Verhandlungen um einen Interessensausgleich weigerten sich dann die Chefs über neue Produkte und Investitionen in Ludwigsburg zu reden. Um den Abbau abzufedern, wollen Betriebsrat und IG Metall unter anderem jetzt eine Altersteilzeitregelung für jeden durchsetzen, der dies will. ◀

Jetzt im Dezember fallen die politischen Entscheidungen über die Agenda 2010

„Hände weg von der Tarifautonomie“

Jetzt im Dezember wird im Vermittlungsausschuss und endgültig im Bundestag über die Sozialkürzungen im Rahmen der Agenda 2010 entschieden. Die CDU hatte im November noch weiter darauf bestanden, den Schutz der Tarifverträge zu durchlöchern. Die Tarifkommissionen der DGB-Gewerkschaften in Baden-Württemberg haben sich eindeutig dagegen gewandt. Und auch in den Betrieben gab es weitere Proteste – Motto: „Hände weg von der Tarifautonomie!“

So informierten sich etwa die Beschäftigten von Alcatel SEL in Stuttgart in einer Betriebsversammlung über die Situation. Bei Getrag, Mahle Öhringen und Textron in der Region Schwäbisch Hall gab es ebenfalls Proteste. Bei ZF in Friedrichshafen protestierten 2000 Beschäftigte etwa 45 Minuten lang für die Tarifautonomie. Weitere Proteste sind für den Dezember nicht auszuschließen: Die Besorgnis über die geplanten Sozialkürzungen und Einschnitte ins Tarifrecht ist bei den Beschäftigten groß.

„Wer die Tarifautonomie einschränken will, muss mit dem entschlossenen Widerstand aller Gewerkschaften rechnen“, sagte



Tarifautonomie erhalten: Gemeinsame Sitzung der Tarifkommissionen in Baden-Württemberg (oben) – Kundgebung bei Getrag in Neuenstein (Schwäbisch Hall) unten

der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener in der gemeinsamen Sitzung: „Nicht die Tarifverträge bringen Betriebe in Schwierigkeiten, sondern in über 90 Prozent der Fälle ist es Managementversagen, das Betriebe in die Pleite treibt.“ ◀



Ausbildungssituation: Döring lässt das Spitzengespräch platzen

Wirtschaftsminister Walter Döring (FDP) hat das vom DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg verlangte Spitzengespräch zur Ausbildungssituation platzen lassen. Das teilte der DGB mit. Döring hatte in seiner Lehrstellenbilanz festgestellt, es gebe mehr unbesetzte Stellen als Bewerber vorhanden seien. Das bezeichnet der DGB als eine „geschönte Bilanz“: Die Zahl der Jugendlichen, die keinen Ausbil-

dungsort gefunden hatten und deshalb im Berufsvorbereitungsjahr „geparkt“ würden, sei um zwölf Prozent auf über 13 000 gestiegen. Auch diese 13 000 Jugendlichen müssten als unvermittelt gelten, ebenso wie die rund 10 000 jungen Leute, die derzeit in Maßnahmen des Arbeitsamtes untergebracht seien. Döring, so der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener, verharmlose die Situation. Es hätte gerade Aufgabe des Spitzengesprächs sein müssen, diese Situation richtig zu bewerten. ◀

Tariferhöhungen im Dezember: Zu Weihnachten mehr Geld bei Textil und Bekleidung

Die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie erhalten ab Dezember mehr Geld. Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen werden dann um 2,7 Prozent erhöht. Diese Anhebung ist die zweite Stufe des Tarifabschlusses, den die IG Metall im September 2002 für die Branche durchgesetzt hatte. Die weitere Einkommenserhöhung ist noch nicht alles: Ab Januar wird auch das Urlaubs-

geld um 5,7 Prozent angehoben. Und der Zuschuss der Arbeitgeber zur Altersversorgung bei Entgeltumwandlung wird auf 120 Euro verdoppelt. „Mit den beiden Stufen des Tarifabschlusses können wir die Realeinkommen der Beschäftigten sichern“, sagt Monika Lersmacher, bei der IG Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg zuständig für Textil und Bekleidung: „Der Flächentarifvertrag sichert den Anspruch der Beschäftigten, für gute Arbeit auch mit gutem Geld entlohnt zu werden.“ ◀